

# Arbeitsverhältnisse im Transport solidarisch verbessern!

Gerechte Entlohnung und faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in der Transportwirtschaft sind das Ziel der Europäischen Bürgerinitiative. Gemeinsam, sektorübergreifend und grenzüberschreitend engagieren sich die Europäischen Verkehrsgewerkschaften für **Fair Transport Europe**.

Die Herausforderungen für faire Arbeitsbedingungen in der Transportwirtschaft sind enorm. Die Europäischen Verkehrsgewerkschaften haben eine wichtige gemeinsame Initiative gesetzt, um den Abwärtstrend in der sozialen und Beschäftigungssituation der europäischen TransportarbeiterInnen zu stoppen: die Europäische Bürgerinitiative **Fair Transport Europe**.

Sie enthält zahlreiche konkrete Vorschläge, die auf eine Verbesserung der sozialen und arbeitsrechtlichen Situation der Beschäftigten in der Transportbranche abzielen. Für jeden Sektor – von der Luftfahrt bis zum öffentlichen Nahverkehr – wurde detailliert aufgeschlüsselt, wie sich die Rahmengesetzgebung auf Europäischer Ebene verändern soll und welche Schritte auf nationalstaatlicher, aber auch auf lokaler Ebene gesetzt werden müssen, um das Ziel einer sozial und ökologisch nachhaltigen Transportwirtschaft mit fairen Arbeitsbedingungen zu verwirklichen.

## Die Vorschläge der Fair Transport Bürgerinitiative

### Öffentlicher Personennahverkehr: Nutzen wir die PSO-Verordnung im Sinne der Beschäftigten!

- ✓ Personalübernahme bei Betreiberwechsel, um Arbeitsplätze und Sozialstandards zu schützen
- ✓ Subunternehmerhaftung bei der Untervergabe von Aufträgen, um Sozial- und Lohnstandards nicht zu unterlaufen
- ✓ Direktvergabe im Personennahverkehr sichern, damit Kommunen selbst über die Abwicklung des öffentlichen Nahverkehrs entscheiden können

### Straßentransport: Existierende Regelungen müssen durchgesetzt werden!

- ✓ Lenk- und Ruhezeitvorschriften sind bereits europaweit geregelt. Es gilt, die vorhandenen Vorschriften zu implementieren und die Kontroll- und Durchsetzungsmechanismen effizienter zu

- gestalten, etwa durch die Schaffung einer Europäischen Plattform für Arbeitsinspektion
- ✓ Die Abschaffung von Briefkastenfirmen ist für alle Sektoren ein wichtiges Ziel. Im konkreten Fall des Straßentransports sollten die bereits bestehenden Auflagen für die Zulassung als Kraftfahrunternehmen nochmals erhöht werden
  - ✓ Durchsetzung der Kabotage-Regelungen durch die verbindliche und einheitliche Einführung eines elektronischen Frachtbriefs und die Voranmeldung von Kabotage-Tätigkeiten

#### **Luft-, Schifffahrt und Schienenverkehr:**

##### **Sicher durch Europa!**

- ✓ Einführung von einheitlichen Ausbildungs- und Qualifizierungsstandards, um Sicherheit und Qualität grenzüberschreitend zu garantieren
- ✓ Kontrolle und Durchsetzung der Arbeits- und Ruhezeitenvorschriften für alle Verkehrsträger mit Blick auf eine bessere Arbeits- und Betriebssicherheit

##### **Für alle Sektoren gilt: gleicher Lohn am gleichen Arbeitsort!**

- ✓ Durchsetzung und nationalstaatliche Implementierung der Entsenderichtlinie: alle ArbeitnehmerInnen, egal, woher sie kommen und für wie lange sie dort arbeiten, müssen den gleichen Bestimmungen der Vergütung, der Arbeitsbedingungen oder des Gesundheitsschutzes und der Arbeitssicherheit unterliegen
- ✓ Empfindliche Erhöhung der Strafen und Sanktionen gegenüber Unternehmen, die ArbeitnehmerInnen um ihren Lohn betrügen oder ihre Gesundheit gefährden
- ✓ Schein-Selbstständigkeit ist zu definieren und zu bekämpfen. Arbeitgeber nutzen diese Form der Erbringung von Arbeitsleistungen in jeglichen Sektoren der Transportwirtschaft, um Sozialbeiträge und Tarifverträge zu umgehen

##### **Für eine starke europaweite ArbeitnehmerInnenvertretung!**

Rechtssicherheit, Rechtsschaffung und Rechtsdurchsetzung ist das eine. Es braucht auch die Stärkung der AkteurInnen vor Ort, die Recht erst zu Recht machen und auf die Einhaltung der Schutzmechanismen für ArbeitnehmerInnen

achten. Einerseits gilt es dafür, Gewerkschaften als Sozialpartner anzuerkennen und Tarif- bzw. Kollektivverträge auszuhandeln. Andererseits gilt es, das Organisations- und Streikrecht zu bewahren und zu respektieren. Darüber hinaus muss im grenzenlosen Europa die grenzüberschreitende Kooperation der ArbeitnehmerInnenvertretungen intensiviert werden. Es gibt bereits viele Beispiele gelungener grenzüberschreitender Kooperationen zwischen Gewerkschaften, um Arbeitsstandards zu verteidigen oder auf Lohn- und Sozialdumping im Transportsektor aufmerksam zu machen und zu bekämpfen. Mehr davon stärkt die Verhandlungsposition der ArbeitnehmerInnen nicht nur vor Ort, sondern europaweit.

##### **Gleicher Lohn im grenzüberschreitenden Straßentransport**

Alle Beschäftigten, die in Deutschland arbeiten, haben einen Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde – egal woher sie oder ihre Arbeitgeber kommen. Das gilt ebenso für LKW-FahrerInnen, die in Deutschland unterwegs sind, auch wenn ihr Arbeitgeber im Ausland sitzt. Nicht alle sind mit dieser Rechtsinterpretation einverstanden. Die polnische und die tschechische Regierung und Arbeitgebervertretungen protestierten. Seitens der EU-Kommission wurde ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, da die Anwendung der Mindestlohnklausel im Transit eine unverhältnismäßige Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit und des freien Warenverkehrs darstelle. Jedoch befürworteten die polnischen Gewerkschaften den in Deutschland einzufordernden Mindestlohn von 8,50 Euro auch für polnische und alle anderen nicht-deutschen FahrerInnen mit Nachdruck. Nicht nur eine solidarische, sondern auch weitsichtige Intervention! Sie sehen die Anwendung des Mindestlohns für TransportarbeiterInnen als einen wichtigen Schritt in Richtung eines Europäischen Mindestlohns und als ein Instrument, die Konvergenz der Entlohnung zwischen den europäischen Nationalstaaten voranzutreiben.<sup>1</sup>

Ein anderes Beispiel aus dem Straßentransportsektor: Die niederländische Transportarbeitergewerkschaft FNV unterhält ein Netzwerk von Kontakten mit Gewerkschaften aus Ost- und Westeuropa. Viele niederländische Spediteure betreiben

Tochterfirmen in osteuropäischen Ländern und lassen ihre FahrerInnen europaweit unter miserabelsten Bedingungen arbeiten. Die Kooperation der Gewerkschaften auch vor Ort an Verladestationen und Rastplätzen quer durch Europa ist ausschlaggebend, um gegen die Ausbeutung im internationalen Fernverkehr vorgehen zu können und die betroffenen FahrerInnen darin zu ermutigen und zu unterstützen, ihre Rechte einzufordern und durchzusetzen. In einem Interview bringt ein Gewerkschafter die gemeinsamen Ziele auf den Punkt: „Wir müssen uns auch um die osteuropäischen Fahrer kümmern, die überwiegend in unseren Ländern arbeiten!“<sup>2</sup>

### Grenzüberschreitende Kooperationen der Gewerkschaften

Viel passiert auch im Eisenbahnsektor, wo es traditionell sehr starke und einflussreiche Gewerkschaften gibt. So veröffentlichte die ETF jüngst ein Gewerkschaftshandbuch, das die grenzüberschreitende Kooperation entlang der sogenannten Schienengüterverkehrskorridore zum Thema machte.<sup>3</sup> Mit dieser strategischen Entscheidung für den grenzüberschreitenden Langstrecken-Verkehr auf definierten Korridoren soll die Wettbewerbsfähigkeit des Schienengüterverkehrs verbessert werden. Gleichzeitig verändern sich dadurch nationale Einflussmöglichkeiten und nicht zuletzt die Beschäftigung und die Arbeitsbedingungen im Schienengüterverkehr. Die ETF arbeitete Leitlinien für die grenzüberschreitenden Kooperationen zwischen Gewerkschaften im Eisenbahnbereich und für die Gründung von Kooperationsausschüssen aus. Solche Ausschüsse sind bereits in Österreich und auch in den nordischen Ländern gegründet worden. Ziel ist es, sich zu vernetzen, auszutauschen und gemeinsam Schritte gegen drohendes Lohn- und Sozialdumping zu setzen.

### In Zukunft: FAIRKEHR

Die Probleme der Liberalisierung im Verkehrssektor sind angekommen, die Herausforderungen für eine soziale Harmonisierung angenommen. Zahlreiche konkrete Schritte und Vorschläge für eine handfeste Verbesserung der Situation der Beschäftigten wurden angeboten oder bereits umgesetzt: ein Transportsektor mit europaweit fairen Arbeits- und Sozialbedingungen ist auf einem guten Weg! ■

<sup>1</sup> Broughton, A./Kraemer, B. et al. (2015): Controversy over German minimum wage for international truck drivers, EurWORK, Brüssel

<sup>2</sup> Leben im Laster, Der Spiegel 13/2016, S. 75-78

<sup>3</sup> ETF (2013): Arbeiten auf Schienengüterverkehrskorridoren, Brüssel